

## Presseerklärung der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Der Unmut in der Polizei des Landes wächst. Nach einer Polizeistrukturreform bei der von den Polizeibeschäftigten des Landes sehr viel abverlangt wird, nach vielen Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag die fast gegen Null gefahren wurde, sollen nun das Ergebnis der Tarifrunde deutlich nach hinten verschoben werden.

Einige Kolleginnen und Kollegen, so der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner, müssen bis Januar 2014 warten, bis ihre Gehälter um 2,65 % steigen. Das ist unerträglich.

Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Diäten zum 01.07.2013 um 3,1% steigen. Seidenspinner (GdP) weiter: Wir wollen keine Neiddiskussion um die Höhe, aber gestiegene Preise, höhere Lebenshaltungskosten treffen nicht nur Abgeordnete zu.

Wer Wasser predigt und selbst Wein trinkt, wird unglaubwürdig, so der GdP-Chef.

Wenn man dann noch feststellt, dass das Land bereit ist zig-Millionen und fast 60 Neustellen für den Nationalpark Nordschwarzwald zu investieren, fragt man sich als Polizistin und Polizist schon, welchen Stellenwert man bei den Regierenden hat.

Bei uns wird gespart, so der GdP-Vorsitzende, und bei sich selbst und anderen Prestigeprojekten langt man kräftig zu.

Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn selbst bei den Staatsdienern eine tiefgreifende Politikverdrossenheit eintritt. Wer jahrelang in Sonntagsreden gesagt bekommt, wie gut er ist und wie wichtig die geleistete Arbeit für die Allgemeinheit ist und dann immer wieder zur Kasse gebeten wird, der fühlt sich verraten.

Schade ist nur, so der GdP-Vorsitzende, dass leider immer nur die jeweilige Opposition auf unserer Seite ist. Wenn es dann aber zum Schwur kommen müsste, kneift die jeweilige Regierung.

Seidenspinner wünscht sich vielmehr, dass der Satz, der dem Ministerpräsidenten in den Stuttgarter Nachrichten zugeschrieben wurde, nicht nur für einen Nationalpark Gültigkeit hat, sondern auch wenn es um die Bezahlung der Polizistinnen und Polizisten des Landes geht: „Das können wir uns leisten und das müssen wir uns leisten!“

Die GdP ruft am 18.06.2013 zu einer Kundgebung nach Stuttgart auf. Dieser Plan war orientiert am dem Vorhaben der Landesregierung, das entsprechende Gesetz am 19/20.06.2013 in den Landtag zu bringen.